

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Schmidt (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums der Finanzen

Haushaltssperre für Wohneigentumsförderung des Landes Rheinland-Pfalz im Jahre 2002

Die **Kleine Anfrage 924** vom 6. November 2002 hat folgenden Wortlaut:

Von Seiten der Bausparkassen erfuhr ich, dass die Landesregierung u. a. auch für die öffentlichen Mittel eine Haushaltssperre verhängt hat.

Dies bedeutet, dass in diesem Haushaltsjahr keine Anträge mehr von den Kreis- bzw. Stadtverwaltungen bewilligt werden können. Als genehmigt gelten nur die Anträge, die bis zum 15. Oktober 2002 von der Landestreuhandstelle eingebucht waren bzw. eine Kontonummer erhalten haben. Bisher hätten die Kreisverwaltungen seitens des Ministeriums noch keine diesbezüglichen Informationen hierüber erhalten.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Aus welchem Grund wurde plötzlich ab dem 16. Oktober 2002 im laufenden Haushaltsjahr die Förderung von Wohneigentum eingestellt?
2. Wie viele Anträge aus dem Westerwaldkreis, die nach dem 15. Oktober 2002 bei der Landestreuhandstelle eingingen, finden keine Berücksichtigung?
3. Ist der Landesregierung bewusst, dass durch die plötzliche Haushaltssperre die verlässliche Planungsgrundlage den Familien entzogen wird und sie unter Umständen auf den Eigenheimbau verzichten müssen, was der Baukonjunktur erneut Schaden zufügt?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. November 2002 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Mit Wirkung vom 15. Oktober 2002 wurde eine Haushaltssperre verfügt, die auch die Wohnungsbaumittel betraf. Eine Haushaltssperre ist eine global wirkende Maßnahme, von der der Minister der Finanzen im Einzelfall oder für Fallgruppen Ausnahmen zulassen kann (vgl. § 41 LHO). Der hierzu erforderliche Meinungsbildungsprozess war bis 31. Oktober 2002 abgeschlossen. Die Mittel für die Wohneigentumsförderung wurden an diesem Tage wieder freigegeben.

Zu Frage 2:

Da die Bewilligungstätigkeit fortgesetzt wird, gibt es keinen Antrag, der aus diesem Grunde nicht bewilligt werden könnte.

Zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Gernot Mittler
Staatsminister